

Presseerklärung

Wüste Welle protestiert gegen Entwurf des Landesmediengesetzes

Wie die grün-rote Koalition ihre Regierungsversprechen bricht und die Freien Radios im Regen stehen lässt

Im Koalitionsvertrag der grün-roten Koalition im Land war den Freien Radios eine signifikante Verbesserung ihrer Situation versprochen worden. Die Koalition wolle „eine Lanze für die Freien Radios brechen“. Nun liegt dem Kabinett seit Dienstag, dem 24.7. ein Gesetzesentwurf zur Änderung des Landesmediengesetzes vor. Dieser Entwurf zeigt deutlich den Mangel an politischem Willen und Mut, eine echte Veränderung herbeizuführen. Es ist keineswegs eine ausreichende Verbesserung für die Freien Radios im Land zu erwarten*.

Die wesentlichen Änderungen im Gesetz sind nun der Wegfall der Deckelung von zehn Prozent des Budgets, das die Landesanstalt für Kommunikation (LfK) zur Finanzierung der Freien Radios verwenden kann (aber weiterhin nicht muss) und die Kürzung des einen SWR-Zusatzbeitrages um gerade mal zehn Prozent. Mit diesem Sonderabzug finanziert der SWR Dinge wie Werbung für "Hannes und der Bürgermeister" oder Sponsoring beim Bon Jovi-Konzert.

Das Freie Radio Wüste Welle (und auch der Landesverband der Freien Radios AFF) kritisieren diese Verteilung der Gelder auf Heftigste. Hier werden Werbemaßnahmen eines öffentlich-rechtlichen Senders erheblich höher priorisiert als die Kernaufgaben von Freien Radios, die schon seit Jahrzehnten durch extreme Unterfinanzierung ihre haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter verschleißten müssen. Zu diesen Kernaufgaben zählen die interkulturelle und intergenerative Medienbildung und Medienkompetenzbildung, die Schaffung eines Zugangs zu Medien für gesellschaftliche Minoritäten und das Senden von Inhalten im Äther, die von den öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Medien sträflich vernachlässigt werden. Dazu zählen beispielsweise unkonventionelle Inhalte aus Politik und Gesellschaft, Sendungen in anderen Sprachen und Musik, die nicht von den Medien-Großkonzernen verlegt wird.

Von Grün-Rot hatten wir uns andere Prioritäten in der Medien- und Minderheitenförderung versprochen, als die Fortsetzung der schwarz-gelben Linie mit anderen Mitteln. Mit diesem Gesetzesentwurf wurden unsere Erwartungen schwer enttäuscht.

Der aktuelle Gesetzesentwurf sichert der LfK zwar ein wenig mehr Geld zu und eröffnet ihr die Möglichkeit, die Radios etwas besser zu fördern. Selbst wenn das gesamte zusätzliche Geld für die Förderung der Freien Radios verwendet werden würde, wäre es bei Weitem nicht ausreichend. Wir erwarten uns aufgrund unserer jahrzehntelangen Erfahrungen mit den Förderrichtlinien der LfK von diesem Gesetzesentwurf keine wirkliche Verbesserung unserer Situation und protestieren deshalb aufs Heftigste.

Die grün-rote Koalition bricht hier in schwerster Weise ihre Versprechen. Für die Freien Radios im Land sind keine Unterschiede zwischen jahrzehntelanger konservativer Politik und der neuen Regierung zu spüren. Wir empfinden das als skandalös.

Freies Radio Wüste Welle Tübingen/Reutlingen

Chris Wohlwill
für den Vorstand

* Zum Vergleich:

Ein Freies Radio in Baden-Württemberg braucht eine Mindestausstattung von rund 240.000 Euro (nach Recherchen des Landesverbands der Freien Radios AFF und des Freien Radios Wüste Welle), um zu überleben und die gesellschaftlichen Aufgaben zufriedenstellend und ohne Ausbeutung von Menschen zu erledigen. In anderen Bundesländern wie zum Beispiel Niedersachsen erhalten die Freien Radios bereits seit Jahren 250.000€ Grundförderung im Jahr. In Baden-Württemberg beträgt die Grundförderung für ein Radio mit einer Vollfrequenz gerade mal rund 50.000€. Das ist zum Überleben viel zu wenig. Freie Radios wollen und dürfen keine Werbung machen und sind daher auf staatliche Förderung angewiesen.

Für ein Interview zum Thema oder nähere Informationen stehen wir der Redaktion gern zu Verfügung. Bitte wenden Sie sich an alterna@wueste-welle.de oder 0179-9179025.